

+ KIEW SCHMIEDET PLÄNE

10 Jahre besetzt: Was, wenn die Krim befreit wird?



„Für immer vereint“ steht auf einem Wandgemälde der Krim in Moskau (Archivbild von März 2014). Die Ukraine will die vor zehn Jahren geraubte Halbinsel zurückerobern. (Bild: APA/AFP/Alexander NEMENOV)

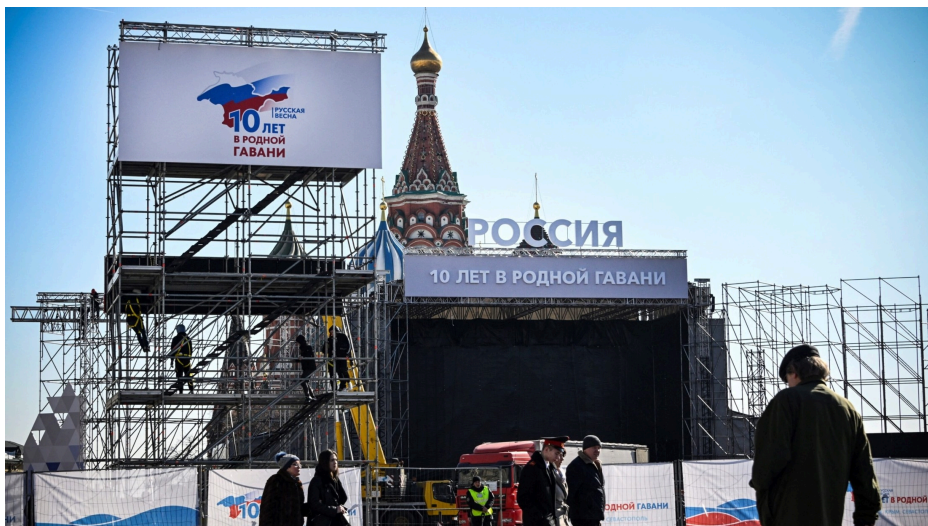
Vor genau zehn Jahren hat Russland die ukrainische Halbinsel Krim illegal annektiert - scheinbar legitimiert durch eine Pseudo-Volksabstimmung. Die Ukraine ist fest entschlossen, ihr Territorium wieder vollständig unter Kontrolle zu bringen, und macht Pläne für die Zeit nach der Rückeroberung. Dafür müssen schwierige Fragen geklärt werden.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj und seine Regierung haben es sich zum festen Ziel erklärt, die Krim – nach dem Völkerrecht noch immer rechtmäßiges Territorium der Ukraine – zurückzuerobern. Das war nicht immer so: Zu Beginn der groß angelegten russischen Invasion im Februar 2022 habe es in Kiew Überlegungen gegeben, bei Friedensverhandlungen die Abtretung von Gebieten in Kauf zu nehmen, erläutert der ukrainische Historiker Andrij Kudrjatschenko gegenüber krone.at. Er ist Direktor des Instituts für Weltgeschichte der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine, das die Regierung in Kiew in internationalen Fragen berät.

Ukraine soll wiederhergestellt werden

„Später nahm die Ukraine aber Abstand davon, insbesondere unter dem Eindruck der brutalen russischen Kriegsführung und der erfolgreichen Gegenoffensive im Herbst 2022“, so Kudrjatschenko. Seither ist Kiew entschlossen, alle besetzten Gebiete zurückzuerobern. Neben der Krim zählen dazu die Oblaste Luhansk und Donezk im Osten sowie Saporischschja und Cherson im Süden, die zum Teil von Russland besetzt sind und im September 2022 ebenfalls annektiert wurden.





Am 18. März jährt sich die Annexion der Krim zum zehnten Mal. Am Roten Platz in Moskau wurden die Feierlichkeiten dafür schon seit Tagen vorbereitet. (Bild: APA/AFP/Alexander NEMENOV)

Mehrheit glaubt an die Rückeroberung

Trotz der festgefahrenen Situation an der Front, hinter der sich die russischen Besatzer tief eingraben, glauben die meisten Menschen in der Ukraine an einen Sieg und an die Wiedereingliederung der Krim. Laut einer Umfrage des „Kyiv Institute of Sociology“ glauben 60 Prozent der Ukrainer „definitiv“ an einen Sieg über Russland, weitere 29 Prozent glauben demnach, dass ihr Land „eher“ den Krieg gewinnen wird.

In derselben Umfrage gaben 52 Prozent der Befragten an, dass der Krieg am wahrscheinlichsten damit endet, dass alle besetzten Gebiete befreit werden. 14 Prozent gehen sogar noch weiter und glauben, dass der Krieg damit endet, dass die Feindseligkeiten in russisches Territorium getragen werden.

Durch den Entschluss, die okkupierten Gebiete wiederzuerlangen, muss sich die Regierung in Kiew auch einer problematischen Frage widmen: Wie umgehen mit Menschen, die mit den Besatzern zusammengearbeitet haben, ob erzwungen oder freiwillig?



Mobiles Wahllokal im besetzten Donezk: Das russische Regime will eine hohe Wahlbeteiligung in den okkupierten Territorium, um den Anschein von Demokratie zu wahren. (Bild: APA/AFP/STRINGER)

Gesetz gegen Kollaboration

Im März 2022 verabschiedete die Kiewer Regierung ein Gesetz, mit dem Kollaborateure strafrechtlich verfolgt werden konnten. Ihnen drohte bis zu fünf Jahren Haft. „Als im Lauf des Jahres aber tatsächlich große Gebiete befreit werden konnten, wurde deutlich, dass das Gesetz überarbeitet werden muss“, erläutert Historiker Kudrjatschenko. Es brauche realistische Ansätze. Verantwortlich dafür ist das Ministerium für die Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Gebiete unter Ressortchefin Iryna Wereschtschuk.

Aufgezwungene russische Pässe

„In jedem Fall ist ein Anpassungszeitraum erforderlich, der viel länger als fünf Jahre dauern kann“, erklärt Andrij Kudrjatschenko. Für eine wirkliche Reintegration müsse der Staat für Gerechtigkeit sorgen und in einer Art Übergangsjustiz jene bestrafen, die mit den Besatzern kollaborierten. Entscheidend sei dabei die Unterscheidung zwischen „erzwungener“ und „freiwilliger“ Zusammenarbeit. So drängen die Besatzer den Einwohnern russische Pässe auf, ohne die viele Behördenwege schon unmöglich sind. Ab Juli sollen Ukrainer ohne russischen Pass sogar aus den Gebieten deportiert werden können.

Lesen Sie auch:

PUTINS „WAHL“

Russen werfen Farbbomben und Molotow-Cocktail

UKRAINE-HISTORIKER:

„Putin zeigt jeden Tag, dass er vernichten will“

Russen schüren Angst vor Repression

Wegen solcher aufgezwungenen Maßnahmen, die sie immer an Russland binden sollen, haben viele Bewohner der derzeit besetzten Gebiete Angst vor möglichen Repressalien nach der Wiederherstellung der ukrainischen Staatlichkeit. Russland schürt solche Ängste bewusst, die ukrainische Regierung will sie zerstreuen. „Die Behörden müssen unbedingt verhindern, dass die Verantwortung für die Kollaboration in eine Verantwortung für das Leben unter der Besatzung umgewandelt wird“, betont Kudrjatschenko.

Strafrechtliche Verfolgung muss begrenzt bleiben

Ein neues Gesetz sollte sich nur auf die schwersten Straftaten beziehen, sodass nur eine begrenzte Anzahl von Personen strafrechtlich verfolgt wird, meint er. Vorrangig jene, die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben und solche, die ihren Eid verraten haben: etwa ehemalige ukrainische Ermittler, Richter oder Militäroffiziere.

Keiner strafrechtlichen Verfolgung, aber der Lustration - Entlassung aus dem Amt und ein zeitlich beschränktes Berufsverbot – unterliegen können Beamte der mittleren Ebene oder Lehrer, die mit den Besatzungsbehörden zusammenarbeiteten. Wie ein solches Verfahren genau aussehen könnte, ist noch unklar. Es könnte Tausende Personen betreffen.

**Nach der sogenannten Präsidentenwahl wird es ohne Frage eine weitere Mobilisierung geben.**

Andrij Kudrjatschenko
Bild: Matthias Fuchs

So notwendig solche Überlegungen sind, so fern scheinen die Szenarien, in denen sie schlagend werden. Denn Putins Streitkräfte haben die besetzten Gebiete zurzeit fest im Griff. Und der Machthaber im Kreml, der sich gerade im Amt bestätigen lässt, wird alles tun, um sie zu halten. Kudrjatschenko ist sich sicher: „Nach der sogenannten Präsidentenwahl wird es ohne Frage eine weitere Mobilisierung geben.“

Matthias Fuchs



VORTEILSWELT

Alle Anzeigen



MAGAZINE DER KRONEN ZEITUNG

Alle Magazine >